

Kreis bestätigt Befürworter der IGS Achim

Kommunalaufsicht hat keine Bedenken gegen Auswertung der Elternbefragung / CDU droht erneut mit Klage

Am Donnerstag befasst sich der Stadtrat Achim mit dem Thema Integrierte Gesamtschule (IGS). Zu erwarten ist, dass eine Ratsmehrheit aus SPD, Grünen und WGA beschließt, den Antrag auf die Einrichtung einer IGS in Achim bei der Landeschulbehörde zu stellen. Die CDU bekräftigte im Vorfeld der Ratssitzung ihre Auffassung, das Projekt IGS in Achim sei gescheitert.

VON FELIX WEIPER

Achim. Rückenwind für die Befürworter der Integrierten Gesamtschule (IGS) in Achim: Die Kommunalaufsicht des Landkreises Verden sieht keinen Grund, die Auswertung der Ergebnisse der Elternbefragung zur Achimer IGS zu beanstanden. Das geht aus einer Stellungnahme der Kommunalaufsicht hervor, die dem ACHIMER KURIER vorliegt.

Wie berichtet, hatte die Achimer CDU die Aufsichtsbehörde eingeschaltet. Die Christdemokraten sind der Meinung, dass die Stadtverwaltung die Befragung falsch ausgewertet hat. Nach Darstellung der Verwaltung sind genügend Anmeldungen für eine künftige IGS in Achim zu erwarten, so dass es eine Grundlage für die Genehmigung der Schule gibt. Die CDU bezweifelt genau das und betont, das Projekt IGS in Achim sei gescheitert. Sie droht erneut mit einer Klage.

Die Kommunalaufsicht macht in ihrer Stellungnahme klar, dass sie sich in Sa-

chen IGS nur für bedingt zuständig hält. Sie betont, es gebe Ermessens- und Beurteilungsspielräume, um die Daten der Elternbefragung auszuwerten. Diese habe die Stadtverwaltung in Achim genutzt. Die Behörde kann „keinen Rechtsverstoß und somit auch keinen Anlass für kommunalaufsichtliche Bedenken erkennen“.

SPD, Grüne und WGA in Achim dürften sich als Befürworter der IGS bestätigt sehen. Die Stellungnahme der Kommunalaufsicht kam gerade rechtzeitig vor der entscheidenden Ratssitzung am kommenden Donnerstag, auf der das Thema IGS im Mittelpunkt steht. Nachdem bereits der Schulausschuss des Rates dafür gestimmt hatte, die Gesamtschule bei der Landeschulbehörde zu beantragen, ist nun ein gleichlautender Beschluss des Stadtrates zu erwarten.

In der CDU schwankt die Gemütslage zwischen Frust und Enttäuschung auf der einen und Widerstandswillen auf der anderen Seite. Die Christdemokraten sind nach wie vor der Meinung, dass die Verwaltung beim Auswerten der Befragung statistische Tricks angewendet hat, um ein Ergebnis pro IGS präsentieren zu können. Der Fraktionsvorsitzende der CDU, Karl-Heinz Lichter, machte in einem Pressegespräch gestern klar, dass die Schlacht um die IGS noch nicht geschlagen ist: „Wir werden mit Argusaugen beobachten, wie sich die Sache weiterentwickelt.“ Die CDU werde sich rechtliche Schritte – sprich: eine Klage

beim Verwaltungsgericht – vorbehalten, sollte die IGS tatsächlich auf den Weg gebracht werden. Denkbar sei, dass die CDU juristisch gegen die zu erwartende Genehmigung der IGS durch die Landeschulbehörde vorgehen werde.

Lichter sagte, er hätte nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn in einem demokratischen Abwägungsprozess eine Entscheidung für eine IGS in Achim gefallen wäre. Das sei aber nicht der Fall gewesen. Im Vorfeld hätten die IGS-Befürworter,

„Wir fühlen uns
über den Tisch
gezogen.“

Rüdiger Dürr, CDU

unter ihnen auch Bürgermeister Uwe Kellner, versichert, dass auf Grundlage einer Elternbefragung über die Gesamtschule befunden werden solle. Nun liege ein Ergebnis vor, dass aus Sicht der CDU gegen die IGS spreche, es werde aber „statistisch schöngerechnet“.

Lichter warf der Kommunalaufsicht vor, sie habe sich nicht die Mühe gemacht, genau hinzuschauen. Sie habe es versäumt, die Auswertung der Elternbefragung inhaltlich zu prüfen. Sein Fraktionskollege

Rüdiger Dürr ergänzte: „Wir fühlen uns über den Tisch gezogen.“

Die strittige Elternbefragung hatte sich an 1119 Eltern von Kindern des ältesten Kindergartenjahrgangs sowie der ersten drei Schuljahrgänge gerichtet. 715 Mütter und Väter hatten an der Abstimmung teilgenommen – eine Beteiligung von etwas mehr als 70 Prozent. 391 hatten angegeben, ihr Kind auf einer IGS anmelden zu wollen. 324 hatten sich für Hauptschule, Realschule oder Gymnasium entschieden.

Die gesetzlich geforderte Zahl von mindestens 96 zu erwartenden Anmeldungen an der IGS pro Jahrgang wurde für zwei der abgefragten Jahrgänge verfehlt. Bei den Grundschulklassen 2 und 3 waren es nur 83 und 92 Kinder, beim ersten Grundschuljahrgang 96, beim Kindergartenjahrgang 120. Die Stadtverwaltung hatte allerdings über alle vier Jahrgänge hinweg eine durchschnittliche statistische Quote von 35 Prozent Gesamtschulkinder gebildet und kam so zu dem Ergebnis, dass die Schülerzahlen ausreichten, um eine IGS einzurichten. Hier hakten die Christdemokraten ein und erklärten die statistische Auswertung für unzulässig.

Das gilt ihrer Ansicht nach auch für weitere Hochrechnungen, mit denen die Stadtverwaltung ausreichende Anmeldezahlen für die Achimer IGS bis 2024/2025 prognostiziert. In mehreren Jahrgängen werde die geforderte Zahl von 96 Anmeldungen verpasst, so die CDU.